

Warnung des Instituts für Nationale Sicherheitsstudien im Artikel der Haaretz vom 15.9.2026

Link zum englischen Original bei Haaretz:

[Top Israeli Think Tank Issues Rare Warning. Its Last Came Months Before Oct. 7 - National Security](#)

Führender israelischer Think Tank gibt seltene Warnung aus. Das letzte Mal kam Monate vor dem 7. Oktober

Haaretz, 15. September 2026

Das Institute for National Security Studies warnt in einer strategischen Warnung, dass der Siedlerterror eine Politik widerspiegelt, die "von oben gesteuert" wird und Auswirkungen über das Westjordanland hinaus hat. 'Die Kosten des Wartens steigen', sagt ein Experte über das Nicht-Handeln der Regierung

Schenken Sie diesen Artikel



Soldaten der

israelischen Armee stehen 2025 hinter einem maskierten Siedler, der eine Schleuder schwingt und Steine auf Palästinenser wirft, während ein Angriff israelischer Siedler auf das palästinensische Dorf Beita, südlich von Nablus im Westjordanland. Bildnachweis: Jaafar Ashtiyeh/AFP



[Linda Dayan](#), Artikelzusammenfassung in 55 Wörtern

Ein führender israelischer Think Tank gab am Dienstag eine seltene strategische Warnung heraus und warnte, dass jüdischer Terrorismus gegen Palästinenser im Westjordanland Israels Sicherheit, internationales Ansehen und Funktionsfähigkeit als Staat bedrohe.

Das Institute for National Security Studies erklärte, dass Siedlergewalt, die seit dem Angriff der Hamas am 7. Oktober auf Israel sowohl häufiger als auch schwerer zugenommen hat, "sich von einem lokalen Durchsetzungsproblem zu einer deutlichen strategischen Bedrohung für den Staat Israel und seinen demokratischen Charakter entwickelt hat."

Dies ist erst die zweite strategische Warnung, die das Institut jemals herausgegeben hat. Die erste ereignete sich im März 2023, während der sozialen und politischen Krise im Zusammenhang mit der Justizreform, sieben Monate vor dem Anschlag vom 7. Oktober.



Ein israelischer

Siedler greift im August einen linken Aktivisten an einem israelischen Außenposten im palästinensischen Dorf Jannatah, südlich der Stadt Bethlehem im Westjordanland, an. Bildnachweis: Ilia Yefimovich/AFP

Der neu veröffentlichte Bericht besagte, dass [schlechte Strafverfolgung gegen gewalttätige Siedler](#), die Schwäche des Justizsystems und ein Mangel an politischer Unterstützung für Militär und Polizei bei Vorgehen gegen Täter "eine Realität schaffen, die von Gesetzlosigkeit, Nichtanerkennung staatlicher Institutionen und dem Verlust des staatlichen Monopols auf den Einsatz von Gewalt geprägt ist."

Der Bericht stellt außerdem fest, dass "das Fehlen einer entschlossenen israelischen Reaktion einen Beweis dafür ist, dass es sich um eine von oben gesteuerte Politik handelt."

Der Bericht stellt fest, dass das [Fehlen von Durchsetzung und politischer Ermöglichung](#) solcher Gewalt darauf hindeutet, dass es Zustimmung für die

Politik gibt, palästinensische Gemeinden in Area C, das unter israelischer Militärkontrolle steht, sowie das Abreißen und Entzünden ihrer Häuser, um sie aus dem Gebiet zu vertreiben und auf die israelische Souveränität vorzubereiten.



Palästinensischer

Bürger in einem Lagerhaus, das im Januar von Siedlern in Brand gesetzt wurde.
Bildnachweis: Itay Cohen

"Das zentrale Versagen ist dieses Verhalten, das einen moralischen Makel darstellt", heißt es. "Darüber hinaus leidet sie unter einer Missachtung der Reaktionskette und der damit verbundenen Konsequenzen, sowohl im israelischen Inland als auch auf internationaler Ebene."

Der Think Tank, der enge Verbindungen zum israelischen Verteidigungsapparat hat, zeichnet ein ernstes Bild. "Israel kann sich nicht als Staat betrachten, der von Rechtsstaatlichkeit regiert wird, mit einem unparteiischen Militär und einem System, das durch gemeinsame Verantwortung und gegenseitige Unterstützung seiner Subsysteme (Militär, Polizei, Shin Bet und Regierung) geprägt ist, während es gleichzeitig selektive Durchsetzung akzeptiert, tatenlos zusieht und die Fakten verwischt", heißt es im Bericht.

"Wenn ideologisch motivierte Gewalt de facto Immunität oder politische Unterstützung genießt, werden Befehlsautorität, militärische Disziplin und das staatliche Monopol auf den Einsatz von Gewalt erodiert."

Ein destabilisierender Kreislauf

Dr. Tammy Caner, leitende Forscherin im Gesetz- und Nationalen Sicherheitsprogramm des INSS, sagte Haaretz, dass die Entscheidung, diese

Warnung zu erlassen, nicht allein das Ergebnis des zunehmenden Siedlerterrors sei.

"Wir konnten sehen, wie sich ein konkretes strategisches Risiko weit über die Gewalt hinaus entwickelte", sagte sie und verwies auf die Kombination aus Siedlergewalt, schwacher Durchsetzung, sinkender politischer Unterstützung für Israels Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden, Veränderungen in der Regierungsführung vor Ort im Westjordanland und wachsendem Druck auf palästinensische Gemeinden und die Palästinensische Autonomiebehörde.

Sie verwies auf einen im Bericht skizzierten Zyklus, in dem [jüdischer Terrorismus das Gebiet destabilisiert](#) und die palästinensische Motivation zur Gewalt anheizt, was eine israelische militärische Reaktion auslöst, die die Reibungen zwischen den Gemeinschaften weiter verschärft und zu weiteren Opfern führt. Infolgedessen muss die IDF Truppen von anderen Fronten abziehen, was Israel verwundbarer macht.



Maskierte israelische

Siedler greifen 2020 palästinensische Olivenbauern aus Hawara im Westjordanland an. Bildnachweis: Jaafar Ashtiyeh/AFP

Der Bericht warnt, dass die Gewalt weit über die Trennbarriere hinausgehen kann: "Die Eskalation könnte sich auch auf Ostjerusalem ausbreiten, insbesondere auf den Tempelberg ... sowie in Israel selbst und andere Bereiche", heißt es. "Es könnte auch Iran, Hisbollah, die Huthis, schiitische Milizen, die Türkei und Katar weitere Möglichkeiten und Anreize bieten, gegen Israel auf verschiedene Weise vorzugehen."

Es sind nicht nur feindliche Akteure, die darauf aufmerksam wurden, wie die in den letzten Wochen von europäischen Staaten gegen israelischen Siedlungen

verhängten Sanktionen zeigen. Der Bericht stellt fest, dass "Israels Darstellung als aggressiver, unterdrückerischer und rassistischer Staat" seine Legitimität für gewaltsames Handeln untergräbt, seinen regionalen und internationalen Status schädigt und diplomatische Isolation birgt.

Caner fügte hinzu, dass das Phänomen auch weitreichende gesellschaftliche Auswirkungen habe. "Selektive Durchsetzung bleibt normalerweise nicht geografisch begrenzt. Sobald Gewalt politisch legitim wird, wird die Autorität der Polizei, des Militärs und der Gerichte geschwächt."



Israelische

Soldaten im palästinensischen Dorf Qusra im August. Bildnachweis: Itay Cohen

Warum also erlaubt die Regierung diesen Prozess fortzusetzen? "Ich glaube nicht, dass wir behaupten können, dass die Regierung als Ganzes Angriffe auf Palästinenser unterstützt", sagte sie. "Aber ich denke, dass Teile des politischen Systems die umfassendere Politik unterstützen, die israelische Kontrolle speziell im Gebiet C und im gesamten Westjordanland auszuweiten", während sie palästinensische Gemeinden daran hindern, sich auszudehnen, um die Gründung eines palästinensischen Staates zu verhindern. Diese Ergebnisse, sagte sie, könnten auch [durch Gewalt erreicht](#) werden.

"Das ist stille Unterstützung – nicht für die Gewalt, sondern für das Ergebnis selbst." Sie fügte hinzu, dass die staatliche Unterstützung für diese Politik die Gewalt durch ihre politische Botschaft, Versuche, das Ausmaß oder die

Schwere des Phänomens zu minimieren, und die Weigerung, es eindeutig zu verurteilen, ermöglicht.

Noch eine unbeachtete Warnung?

Dies ist die [zweite strategische Warnung, die das Institut herausgegeben hat](#). Die erste ereignete sich im März 2023, mehrere Monate vor dem Anschlag der Hamas am 7. Oktober. In dieser strategischen Warnung warnte das INSS, dass der gesetzgeberische Blitz der Regierung von Premierminister Benjamin Netanjahu beispiellose innere Konflikte in der israelischen Gesellschaft auslöse und "die Sicherheits-, geopolitischen und wirtschaftlichen Bedrohungen, denen sie gegenübersteht", verschärfe. Die Botschaft blieb unbeachtet.



Premierminister

Benjamin Netanjahu, Verteidigungsminister Israel Katz und Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir bei einer Knesset-Debatte über ein vorgeschlagenes Gesetz zur Politisierung des Ausschusses für Justizernennungen im Jahr 2025.

Bildnachweis: Olivier Fitoussi

Caner sagte, sie wisse nicht, ob die Behörden zuhören werden, aber "was ich weiß, ist, dass die Kosten des Wartens steigen." Sie bekräftigte, dass es hier mehr als nur Siedlerterrorismus gehe, sondern auch Israels zerfallendes Monopol auf den Einsatz von Gewalt und seine Fähigkeit, das Gesetz durchzusetzen – ohne politische Einmischung und unabhängig davon, wer Opfer oder Täter ist.

Der Bericht warnt daher vor "einer Bedrohung für Israels Fähigkeit zu regieren und zu funktionieren." Sie fügt hinzu, dass "wie die Geschichte lehrt,

Demokratien, die es nicht schaffen, radikale Kräfte in sich zu zügeln, nicht überleben."

Verwandte Artikel

- [Israelische, palästinensische Aktivisten suchen nach neuen Taktiken gegen den Siedlerterror Linda Dayan](#)
- [Siedler drängen auf eine Eskalation im Westjordanland, während die palästinensische Zurückhaltung am Rande ist Amira Hass](#)
- [Israelische Regierung ermutigt gewalttätige Siedler, warnen hochrangige IDF-Beamte Yaniv Kubovich](#)

Der Bericht schlägt "wesentliche und unmittelbare Maßnahmen" vor.

Dazu gehören gründliche und unparteiische Untersuchungen und die Durchsetzung des Gesetzes gegen diejenigen, die für Siedlergewalt verantwortlich sind; die Einrichtung einer behördenübergreifenden Taskforce, bestehend aus Vertretern der Polizei, Shin Bet, des Militärs, der Zivilverwaltung und des Rechtssystems; und eine klare Abgrenzung der Rollen und Befugnisse der zivilen Verteidigungsgruppen.

Der Bericht empfiehlt außerdem die Evakuierung illegaler Außenposten in Gebiet B, die Durchsetzung des Siedlungsverbots in Gebiet A, die Verhinderung des Zusammenbruchs der Palästinensischen Autonomiebehörde, die Beschlagnahmung illegaler Waffen und Fahrzeuge sowie weitere Maßnahmen zur Eindämmung der Gewalt.

Sie schlägt außerdem Schritte zur Wiederherstellung der internationalen Glaubwürdigkeit Israels vor. "Neben der Durchsetzung besteht eine klare politische Verurteilung, Transparenz bezüglich der ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse, proaktiver Dialog mit Verbündeten und internationalen Akteuren sowie Maßnahmen zur Bekämpfung der Entitäten und Infrastrukturen, die die Gewalt anheizen", heißt es.